

Akzente.

Andreas Mailath-Pokorny

**Ein neues Jahr mit neuen
Möglichkeiten**

BSA Kunst

**Aus- und wieder Einschalten
löst fast jedes Problem**



Editorial

Ein neues Jahr mit neuen Möglichkeiten

von BSA-Präsidenten Dr. Andreas Mailath-Pokorny

Hinter uns liegt ein ereignisreiches Jahr. 2023 wird definitiv ein großes Kapitel in den Geschichtsbüchern der Sozialdemokratie einnehmen. Vor uns liegt ein entscheidenderes Jahr. 2024, als Jahr der wichtigen Wahlen, wird unsere Republik auf die nächsten Jahre hin prägen.

Dafür gilt es politisch in die Offensive zu kommen. Im Frühjahr schlagen wir die Wahlen zum Europäischen Parlament. Es liegt in unserem eigenen Interesse, für diese Wahl zu mobilisieren. Die Europäische Union ist mehr denn je eine Erfolgsgeschichte. Sie ist der Garant dafür, unser Leben in Frieden und Wohlstand.

Nur mit einem mutigen politischen Kraftakt schlagen wir eine auch erfolgreiche Nationalratswahl im Herbst. Unser oberstes Ziel bleibt die Regierungsbeteiligung. Wir haben es gemeinsam schon aus vielen Krisen geschafft. Es wurde oft bewiesen, was alles möglich ist, wenn Ressourcen ordentlich gebündelt werden und der politische Wille da ist. Gemeinsam müssen wir nun den Rechtsruck verhindern. Herbert Kickl und seine FPÖ stehen vor der Tür. Es ist 2024 wichtiger denn je, ein bestmöglichstes Ergebnis zu erzielen, dabei aber darauf zu achten, dass wir keine Türen zuschlagen, um den Weg hin zu einer Koalition des Anstandes freizuhalten. Vieles ist und war möglich. In jedem Fall: der niederösterreichische Weg muss verhindert werden.

Wir müssen eigene Standpunkte formulieren und Allianzen schmieden. Nur ein geschicktes und gut geplantes Vorgehen garantiert uns einen Platz in den Regierungsverhandlungen. Darauf müssen wir uns vorbereiten und unsere Expert:innen in Stellung bringen. Daher freut es uns sehr, dass der BSA ein Teil zu der Reformkanzlerschaft von Andi



Babler beitragen kann. Gemeinsam mit der SPÖ übernehmen wir Verantwortung und schlagen thematische Blöcke ein, mit unseren Expert:innen, aber vor allem für unseren zukünftigen Reformkanzler Andi Babler. In den nächsten Monaten liegt es an uns, uns aufzumachen und die Leute von uns zu überzeugen, und dass ist und bleibt in der Politik die wichtigste und schönste politische Aufgabe.

Starten wir mit voller Kraft in das Wahljahr 2024!



Volle Unterstützung für Wiens Fachkräfte

Wien braucht gut ausgebildete Fachkräfte. Daher investiert die Stadt Wien mehr als 21,64 Mio. Euro in ein eigenes Fachkräftezentrum, das Arbeitnehmer:innen die besten Aus- und Weiterbildungschancen bietet. Das Fachkräftezentrum für Wien ist im Wiener Arbeitnehmer:innen Förderungsfonds (waff) angesiedelt und fördert die Ausbildung in den Bereichen Klimaschutz, Digitalisierung und kommunale Daseinsvorsorge. Gleichzeitig bietet es Dienstgeber:innen Unterstützung bei der Suche nach qualifizierten Mitarbeiter:innen. Das Fachkräftezentrum für Wien stellt sicher, dass heute die besten Köpfe für morgen ausgebildet werden. Die Förderung in der Höhe von 21,64 Mio. Euro wurde im Wiener Gemeinderat einstimmig beschlossen.

Josef Taucher, SPÖ-Klubvorsitzender

Inhalt

6: Demokratie und Autokratie in einer zunehmenden komplexen Welt von Raphael Spötta, Bundesvorsitzender neuBasis

8: Aus- und wieder einschalten löst (fast) jedes Problem von Dieter Boyer, Vorsitzender BSA Kunst

11: Übergewinne und Finanzkrisen: Banken mit Höchstgewinn unterm Radar von der BSA Finanzmarktgruppe

12: Veranstaltungsrückblick: Die Neuordnung der Welt in Bewegung

13: Mobile Arbeit: Wie sich Arbeit in Zukunft verändert und welche Chancen und Risiken damit verbunden sind von XX

15: Ist die Sozialdemokratie mit Babler zu links? von Armin Puller, Vorsitzender BSA-GGS

17: Veranstaltungsrückblick: Die Erschütterung von Israels Selbstbild der Wehrhaftigkeit und Souveränität

18: Veranstaltungsrückblick: 53. BSA-Bundestag 2023

20: Veranstaltungsrückblick: Normalität und Radikalität

Demokratie und Autokratie in einer zunehmend komplexen Welt

Die Komplexität internationaler Beziehungen nimmt zu, nicht zuletzt aufgrund von systemischen Konflikten zwischen etablierten und aufsteigenden Mächten. Vor allem die USA tendieren dazu, diese Konflikte als Auseinandersetzung zwischen Demokratien und Autokratien zu interpretieren. Doch die Realität ist weitaus nuancierter.

Eine fragmentierte Welt

Das internationale System ist im Umbruch. Der auf das Ende des Kalten Kriegs und der bipolaren Weltordnung folgende „unipolare Moment“ ist bereits seit Längerem vorüber. An seine Stelle getreten ist eine multipolare Ordnung, deren Komplexität stetig zunimmt. Die USA werden zunehmend von China, aber auch von Russland herausgefordert, letzteres untergräbt mit seiner aggressiven Außenpolitik die regelbasierte Ordnung. China hingegen ist bemüht, seine eigenen Normen zu setzen, eigene internationale Organisationen zu begründen und die multilaterale Zusammenarbeit nach seinen Vorstellungen zu beeinflussen. Währenddessen gewinnen Regionalmächte zunehmend an Bedeutung und üben wachsenden Einfluss auf die jeweiligen politischen Ordnungen ihrer Weltregionen aus. Vor diesem Hintergrund erscheint die gegenwärtige

internationale Situation erheblich komplexer als noch während des Kalten Krieges.

War der erste Kalte Krieg noch von einer ideologischen Auseinandersetzung zwischen liberalem Kapitalismus US-amerikanischer Prägung und Realsozialismus sowjetischer Ausrichtung gekennzeichnet, besteht heute aus Sicht der USA ein anderer ideologischer Konflikt. Washington interpretiert die derzeitige internationale Lage als einen Konflikt zwischen demokratischen und autokratischen politischen Systemen: die USA und Europa auf der einen, China und Russland auf der anderen Seite. So erklärte etwa US-Präsident Biden in seiner Rede vor dem Kongress 2022: „In the battle between democracy and autocracies, democracies are rising to the moment and the world is clearly choosing the side of peace and security.“ So einleuchtend diese Sichtweise sein mag, wird sie der Komplexität der Realität nicht vollumfänglich gerecht.

Demokratie im internationalen Kontext

Die grundsätzlich bestehende Konkurrenz zwischen demokratischen und autoritären politischen Systemen basiert nicht alleine auf der normativen Kraft dieser Systeme, sondern auf der Attraktivität von Angeboten, seien diese politischer, wirtschaftlicher oder sozialer Natur. Die diesbezügliche Bilanz demokratischer Systeme ist allerdings ernüchternd. Diese tendieren dazu, Bedingungen an ihre finanzielle bzw. wirtschaft-

liche Unterstützung zu knüpfen: politische Reformen, Rechtsstaatlichkeit, Antikorruption oder Menschenrechte. Für viele Staaten macht dies alternative Angebote attraktiver, da diese zumindest auf den ersten Blick nicht an Bedingungen geknüpft sind. Zudem hat die Demokratie weltweit Legitimationsprobleme. Demokratische Transformationsprozesse führten allzu oft zu instabilen Sicherheitslagen und politischen Pattsituationen, was wiederum autoritären Charakteren die Chance zur Machtergreifung bot. Zudem haben auch Demokratien Reformen unterminiert, wenn diese nicht in ihrem Interesse waren.

Demgegenüber beinhalten politische oder wirtschaftliche Angebote von autokratischen Staaten kaum Reformdruck. Im Gegenteil, China bietet massive Investitionen in Infrastrukturprojekte, etwa im Rahmen der Belt-and-Road-Initiative an. Kurzfristig mag das auch attraktiv sein, langfristig jedoch steigt der Reformdruck wieder an. Außerdem befördern auch Staaten wie China und Russland ihre eigenen Interessen. Chinesische Geldmittel gehen somit mit der Nutzung chinesischer Arbeitskräfte einher. Sobald aber die wirtschaftlichen Interessen des betroffenen Staates und Chinas divergieren, wird China handeln, um seine Investitionen zu schützen. Russlands Nutzung der Söldnergruppe „Wagner“ hingegen war immer schon riskant, nicht erst seit dem Aufstand Prigozhins im Juni 2023.

Strategie der Risikominimierung

Diese Auseinandersetzung führt dazu, dass manche Staaten eine sogenannte „Hedging-Strategie“ betreiben, also eine Strategie der Risikominimierung. Dabei wird versucht, Beziehungen zu beiden Konkurrenten aufrecht zu erhalten und so von dieser Konkurrenz beider Seiten zu profitieren. Ein gutes Beispiel dafür wäre die Türkei, die als einziges Mitglied der NATO vergleichsweise gute Beziehungen zu Russland unterhält. Ähnlich verhält es sich mit Staaten wie Indien, Saudi-Ara-

bien, den Vereinigten Arabischen Emiraten oder Südafrika. Dabei handelt es sich um Staaten, die sich grundsätzlich um stabile Beziehungen zu allen Großmächten bemühen – allerdings nicht notwendigerweise um Demokratien. Das wiederum führt den Narrativ „Demokratie vs. Autokratie“ ad absurdum.

Dennoch ist auch dieser Narrativ zentral. Denn längst ist bekannt, dass auch in demokratischen Staaten antidemokratische Kräfte wirken, die versuchen, das System zu unterminieren. In An-

betracht dessen muss die sozialdemokratische Position eindeutig formuliert sein: Demokratie ist das beste Modell, da nur in diesem System ein strukturierter Interessensausgleich und die Sicherung der Freiheit aller Menschen möglich ist. Gleichzeitig muss das Angebot Europas gegenüber anderen Staaten so gestaltet werden, dass auch die Durchführung demokratischer Reformen wieder attraktiver wird.

Das Herz der Republik!

www.fsggoed.at

Ob auf der Polizeidienststelle, in der Schule, an der Uni, in der Kaserne, am Finanzamt, im Krankenhaus oder im Pflegeheim – **die MitarbeiterInnen im öffentlichen Dienst leisten Tag für Tag Großes für die Republik.**

BILDUNG

121.000 LehrerInnen machen **1,11 Mio. SchülerInnen** in **5.700 Schulen** fit für die Zukunft. **40.000 Lehrende** an **22 öffentlichen Universitäten** führen **280.000 Studierende** zur Exzellenz.

GESUNDHEIT

64.000 MitarbeiterInnen in den **Krankenanstalten** der Länder sowie die zahlreichen Beschäftigten in den **Pflege-, Alten- und Kinderheimen** der Länder kümmern sich um das **Wohlbefinden der Menschen**.

SICHERHEIT

29.000 PolizistInnen sind immer für uns da und federführend bei der **Aufklärung von Verbrechen**.



VERWALTUNG

91.000 MitarbeiterInnen in der **Verwaltung** von Bund und Ländern tragen entscheidend zum **reibungslosen Ablauf** des öffentlichen Lebens bei.



SCHUTZ & HILFE

13.500 SoldatInnen des österreichischen Bundesheeres leisten **Schutz und Hilfe** für Österreich.



 facebook.com/FSG.GOED

* ohne Wien (Gemeindebedienstete)
Quellen: BMOEDS, BMBWF



Schluss mit den Einsparungen! Mehr Fairness für den öffentlichen Dienst.

Dieter Boyer | Vorsitzender BSA-Kunst

Aus- und wieder Einschalten löst (fast) jedes Problem

Es hat sich irgendwie ineinander verhakht, sich gegenseitig gelähmt, technische Fehler und Bedienfehler haben sich aneinandergereiht. Gegenseitiges Misstrauen, Generalverdacht und Auseinandersetzung im Detail haben den Konsens im Allgemeinen zerstört. Durchatmen! Nicht gleich die Festplatte formatieren und alles wegschmeißen! Einfach ausschalten und wieder einschalten. In einem Neustart werden sich Ideen wieder ordnen, vieles wird sich als grundsätzlich gut und richtig erweisen, manches wird man erneuern wollen. Und jetzt wo die Sozialdemokratie in Österreich gerade dabei ist, wieder hochzufahren, ist auch ein guter Zeitpunkt, die sozialdemokratische Kulturpolitik erneut zu positionieren.

Sozialdemokratische Kulturpolitik hatte in den letzten Jahren einen starken Fokus auf die Arbeitswelt in den Kulturbetrieben und auf die Lebenswelt von Künstler*innen. Natürlich muss die lange Tradition der Sozialdemokratie fortgesetzt werden, sich für Arbeitsbedingungen und soziale Absicherung der Menschen einzusetzen und selbstverständlich darf das Ökonomische nicht aus dem kulturpolitischen Diskurs verloren gehen. Aber das ist kein exklusives und spezifisches Thema der Kulturpolitik, gute Arbeitsbedingungen sollen alle haben und daher selbstverständlich auch Künstler*innen.

Ganz grundlegend steht die Sozialdemokratie für einen gerechten gesellschaftlichen Fortschritt und Kunst und Kultur werden von ihr

traditionell als treibende Kraft für diesen Fortschritt gesehen. Die sozialdemokratische Position ist, dass Kunst und Kultur wesentliche Werte-, Identitäts- und Diskursressourcen für den Zusammenhalt in der Demokratie sind. Aber mit einem realistischen Blick auf die Gesellschaft muss man anerkennen, dass die Werte weit auseinandergehen, Identitätspolitik von vielen Menschen als abgehoben angesehen wird und der gesellschaftliche Diskurs entweder exklusiv (weite Bevölkerungsgruppen ausschließend) geführt ist oder durch Social-Media-Pöbelelei abgelöst wurde.

Im Angesicht dieser Entwicklungen bröckelt der Konsens darüber, dass Kunst und Kultur eine fundamentale Bedeutung für unser Zusammenleben haben. Kunst und Kultur werden auch angesichts dessen, dass sie in der Pandemie nur eingeschränkt zur Verfügung standen, ihre Kraft und Bedeutung abgesprochen, weil „da ging es ja auch ohne“. Brennend ist heute, dass Mieten explodieren, die Inflation Erspartes auffrisst, dass Steuern nur noch diejenigen zahlen, die auf Erwerbsarbeit angewiesen sind (Reiche und Konzerne haben es sich so eingerichtet, dass sie möglichst nichts mehr beitragen), in der Nachbarschaft herrscht Krieg und die Klimakrise bedroht das Leben und die Zukunft der Menschen. Die Diskurse zu den genannten Herausforderungen werden in großer Komplexität im akademischen Kontext geführt und das ist gut und wichtig. Zumeist ist diese Auseinandersetzung aber sehr exklusiv und oft

außerhalb eines Expert*innenkreises nicht verständlich. Das macht sich der regierende rechte Populismus zunutze und bietet für jedes komplexe Problem der Gegenwart einen simplen Sündenbock. So finden wir die brennenden Ideen und Diskurse der Zeit in komplizierten Texten und Worten, die oft nur von einer Elite gelesen werden können oder sie werden als Instrumente der Manipulation und dem Befeuern von Ängsten politisch missbraucht.

Kunst und Kultur bieten in ihrer Vielfalt eine (im Gegensatz zum akademischen Diskurs und der effektheischenden Verknappung) für jede*n erfahrbare Auseinandersetzung mit genau diesen ganz persönlichen Herausforderungen. Kunst und Kultur können diese übermächtigen Ereignisse, Zustände, Gefahren und Herausforderungen auf die unterschiedlichsten Arten fassbar machen. Eine erlebbare Auseinandersetzung mit den brennenden Fragen der Zeit findet so auf den unterschiedlichsten Ebenen statt. In den Theatern begegnet man ihnen, in Songs werden sie emotional abgearbeitet, die Museen beschäftigen sich thematisch damit, sie spiegeln sich in Bildern, Texten und Tönen wieder. Künstler*innen übernehmen hier die wertvolle Rolle „zu übersetzen“. Sie übersetzen die Welt in Theaterstücke, Bilder, Animationen, Filme und Musik, bieten kritische Auseinandersetzung mit der Welt und sie wird in all ihrer überfordernden Komplexität dadurch fassbarer, erträglicher, zugänglicher, weniger beängstigend. Kunst macht Ideen, Lösungen,

Probleme erlebbar! Kunst bietet auch hemmungslos subjektive Perspektiven auf die Herausforderungen der Zeit und bricht große Themen auf das Detail, auf das Leben herunter. Sie bietet die Möglichkeit, die unterschiedlichen Welten einzelner zu sehen, denn Menschen sind nicht nur in ihren Identitäten unterschiedlich, sondern auch in ihrer Wahrnehmung der Welt.

Und das ist eine großartige politische Ermächtigung, denn Menschen sind gegenüber der Welt nicht gleichgültig, sie sind solidarisch und je größer die Herausforderungen sind, desto solidarischer sind sie. Wie man am solidarischen Verhalten der Menschen im direkten Angesicht des Desasters (etwa bei der großzügigen Aufnahme von ukrainischen Kriegsflüchtenden) sieht, kann die Gleichgültigkeit nur dort zuhause sein, wo einem die Welt nicht im Angesicht gegenübersteht, wo man sie nicht erkennt, erlebt. Was sich im Großen zeigt, gilt auch im Partikularen. Kunst ist Übermittlerin zwischen Gruppen einer zersplitterten Gesellschaft. Kunsterlebnisse können Themen von Identitätsgruppen einem größeren Kreis von Menschen erlebbar machen, können so daran mitwirken, isolierte Zellen aufzubrechen, die irgendwann beschlossen haben, sich zu bekämpfen. Die wirklich großen Themen sind doch Querschnittsthemen: queere Menschen sind Mieter*innen, Sorgearbeit müssen alle leisten, Inflation frisst die Löhne und Ersparnisse aller auf. Die echten Brechlinien in dieser Gesellschaft bleiben so

weniger verdeckt: wachsende Vermögensungleichheit, ungleiche Verteilung von Einkommen, die hemmungslose Privatisierung von Gewinnen und Kollektivierung von Verlusten, die Zerstörung der Umwelt. All das wird in etablierten Kunstformen und klassischen Werken und traditionellen Formen ebenso erkenntlich, wie in den innovativen Kunsterlebnissen und Experimenten der Gegenwartskultur.

Beim „Hochfahren“ des Computers merkt man neben der Besinnung auf die Wirkmacht von Kunst und Kultur auch, dass das aus den 60ern erwachsene Ziel der „Kultur für Alle“ immer noch oben auf der Agenda steht. Den kulturellen Kanon, den es mittels „Kunst für alle“ zugänglich zu machen galt, gibt es aber nicht mehr. Er ist nur noch als brüchige Schicht über einer sich immer stärker artikulierenden pluralen Gesellschaft zu erkennen, die aus den unterschiedlichsten Traditionen und Zugehörigkeiten erwachsen ist. „Kultur für alle“ wird daher inzwischen zurecht durchaus zwiespältig wahrgenommen. Wer bestimmt denn, welche Kunst da „allen“ zur Verfügung gestellt wird? Es gab zwar auch bisher keine homogene Gesellschaft in Österreich, aber es gab eine hegemoniale Definitionsmacht einiger Kunst- und Kulturgötter, die verkündeten, was und wer „echte Kunst“ oder „wertvolle Kunst“ mache. Der so etablierte Qualitätsbegriff galt immer nur innerhalb eines Kanons und bewertete das Neue am etablierten Kanon. Beiräte und Jurys haben sukzessive die ein-

zelnen Entscheidungsträger*innen der Kulturpolitik an vielen Stellen abgelöst und sehen sich der schwierigen Aufgabe gegenüber, künstlerische Qualität immer wieder neu zu definieren und Aspekte der kulturellen Repräsentanz, der Zugänglichkeit und vieles mehr mit abzuwägen.

Das Bekenntnis zur Vielfalt fordert von uns zur „Freiheit der Kunst“ die „Freiheit der Kultur“ hinzuzufügen. Und diese Vielfalt ist hauptsächlich deswegen neu, weil sich ihre Sichtbarkeit vergrößert hat. Kultur war niemals statisch oder homogen, war immer fluid und ist in ihrer Definition nie mehr als eine Momentaufnahme. Eine Demokratie war immer und ist eine Gemeinschaft unterschiedlicher Kulturen und wer einen historischen Blick auf die Gesellschaft Österreichs wirft, erkennt, dass es nie eine homogene Gesellschaft gab. In Österreich genügt es zumeist, wenn man Leitkultur-Fanatiker*innen nach ihrem Familiennamen fragt, um klarzustellen, dass das mit dem homogenen Österreicher*in sein sich nicht ausgehen kann.

Die Freiheit der Kultur birgt in sich eine neue Verbundenheit in der Differenz; sie bietet eine neue Ebene der Beziehungen von unterschiedlichen Identitätsgruppen. Die Aufgabe der Kulturpolitik ist es, dieser „Kultur aller“ Raum zu geben. In diesem Raum findet das Urbane wie das RURALE, das Autochthone wie das Migrantische, die LGTBQ+ Community und unterschiedliche ethnischen Gruppen ihren Platz, denn die Sozialdemokratie sucht

Dieter Boyer | Vorsitzender BSA-Kunst

eine Ermächtigung für alle.

Und diese Ermächtigung kann eben auch im Kunsterlebnis erwachsen, denn Mensch sein ist Reflexion, geistige Auseinandersetzung, Auseinandersetzung mit einer Fremdheit. Ebenso und gleichwertig ist Mensch sein nicht nur Anstrengung, sondern auch Emotion und Freude. Kunst und Kultur geben Kraft, manchmal eine kurze Auszeit, um sich danach all den Herausforderungen des Alltags wieder stellen zu können. Ein Buch, ein Konzert, ein Theaterabend oder auch ein Lied, das man auf dem Weg zur Arbeit hört, geben Kraft, machen Spaß oder bieten auch Ablenkung. Es bedeutet auch genießen, sich mit anderen Leuten treffen, etwas erleben, das man im Arbeitsalltag und der täglichen Sorge nicht

erfahren kann. Und das geht von der sogenannten Hochkultur bis zur Blasmusik und Unterhaltungskultur. Wir wollen, dass die Leute ein gutes Leben führen können und wirtschaftlich gut über die Runden kommen. Alle! Künstler*innen, Publikum und diejenigen, die von Kunst und Kulturarbeit profitieren, ohne die Kulturinstitutionen zu besuchen.

Sozialdemokratische Kulturpolitik muss sich daher über diese Erfahrungen des Publikums ebenso definieren wie über die Künstler*innen und die gesellschaftliche Bedeutung ihrer Werke. Dieses Kunst- und Kulturpublikum ist die viel beschworene Mitte der Gesellschaft, die der Demokratie gerade verloren geht, ihre Bedürfnisse nicht zu achten wäre fatal, denn es müssen Allianzen

gebildet werden um die großen Herausforderungen der Zeit im Sinne der Vielen zu lösen.

Kunst und Kultur können hier ein Angebot an alle sein. Kunst und Kultur geben uns die Möglichkeit die Welt zu erkennen, denn es gibt mehr als es gibt - mehr Menschen, Ideen und Welten.

Es wird uns im Kampf helfen, das Leben der Menschen besser, gerechter und schöner zu machen.

Vienna Airport Besucherwelt

Faszination Flughafen:
Erlebnisraum | Tour | Terrasse | Birdly®

Jetzt Tickets online buchen:
viennaairport.com/besucherwelt

VIE Vienna Airport

Blick
hinter die
Kulissen



Übergewinne & Finanzrisiken: Banken mit Höchstgewinnen unterm Radar

Im Zuge des kürzlich stattgefundenen Lebensmittelgipfels sind erfreulicherweise erneut Diskussionen um eine Ausweitung der Übergewinnsteuer aufgekommen. Was hier allerdings auffällt, ist, dass einer der größten Krisengewinner, der Bankensektor, weiterhin von einer Übergewinnsteuer ausgenommen ist. Und dies, obwohl die Betriebsergebnisse in Folge der Zinswende des Eurosystems bei den österreichischen Banken den Höchststand seit 1995, dem Beginn der Zeitreihe, erreicht haben. Es ist notwendig, dass diese Übergewinne nach europäischem Vorbild abgeschöpft werden und Banken als Profiteure des steigenden Zinsumfelds ihren Beitrag dazu leisten, dass die Vulnerabelsten in der Gesellschaft unterstützt werden. Gleichzeitig sind die Finanzmarktstabilitätsrisiken in Europa immanent. Für ein potenzielles Straucheln österreichischer Banken dürfen nicht erneut Steuergelder verwendet werden. Hierfür sollte die Stabilitätsabgabe für Banken wieder ausgeweitet werden. Auch weil die bisherigen Steuereinnahmen aus dieser Abgabe die Rettungsgelder der öffentlichen Hand während der Finanzkrise noch nicht getilgt haben.

Kreditzinsen rauf, Sparzinsen nicht

Das Betriebsergebnis der Banken ergibt sich im Wesentlichen aus dem Differential zwischen den Zinsen, die auf Kredite verlangt und denen die für Einlagen gewährt werden. Hier nutzen die österreichischen Banken die Zinsanstiege des Eurosystems

aus, indem sie die Kreditzinsen weitaus stärker als die Sparzinsen für Einlagen anheben. So ist der durchschnittliche Kreditzinssatz für Konsumzwecke für Haushalte seit Juni 2022 um über zwei Prozentpunkte gestiegen, während der Zinssatz für täglich fällige Einlagen auf sehr niedrigem Niveau von etwas über einem halben Prozent verharret.

Zusätzlich profitieren die Banken auch vom geldpolitischen Subventionsmechanismus, der die täglich fälligen Einlagen der Geschäftsbanken bei den Zentralbanken mit einem weiterhin steigenden Zinssatz von 3,75% seit August vergütet. Hierdurch erhöhen sich die Profite der Geschäftsbanken weiter, anstatt im Sinne der Geldpolitik mit steigenden Zinsen das Sparen zu attraktiveren. Die Transmission der Leitzinsen stockt, insbesondere weil die Banken aufgrund hoher Liquidität nicht offensiv um zusätzliche Einlagen werben. Dass diese geldpolitische Architektur lediglich der Subvention der Geschäftsbanken dient, argumentierten unlängst auch hochrangige Ökonom:innen. Der Ökonom Paul de Grauwe schlägt deshalb vor, die nun ab September unverzinsten Mindestreserve von derzeit 1% anzuheben, die die Banken gemessen an ihren Einlagen bei der Zentralbank halten müssen.

Übergewinnsteuer: eine Ausnahme für Banken, warum?

Die ungewohnt hohe inflationäre Dynamik im Euroraum ist primär den hohen Energiepreisen zuzuschreiben, die aufgrund

des Angriffskriegs Russlands in der Ukraine gestiegen sind. Diese Entwicklung veranlasste die Zentralbanken zu Leitzinsenanhebungen. In welchem Ausmaß sollen davon Banken profitieren? Um diese Zufallsgewinne abzuschöpfen, bedarf es einer Ausweitung der Übergewinnsteuer auch für den Bankensektor. Während jetzt liberale Ökonom:innen „Wettbewerbsnachteil“ rufen, werfen wir einen Blick auf unsere europäischen Nachbarn: Eine Übergewinnsteuer wurde bereits für Banken in Spanien eingeführt und soll zusammen mit der Übergewinnsteuer für Energieunternehmen EUR 4 Mrd. zur Reduktion der Belastung der Haushalte beitragen. Litauen hat einen „befristeten Solidaritätsbeitrag“ eingeführt, der die Zusatzgewinne der Banken für 2023 und 2024 abschöpfen und in die militärische Infrastruktur investiert werden soll. Auch in den direkten Nachbarstaaten Tschechien und Ungarn, in denen österreichische Banken seit Jahren Gewinne einfahren, wurde bereits eine Übergewinnsteuer für Banken eingeführt. Demzufolge handelt es sich nicht um einen Wettbewerbsnachteil, sondern um den Ausgleich eines Wettbewerbsvorteils, der auf Kosten der österreichischen Bevölkerung gewährt wurde. Im besten Falle würde jedoch keine Übergewinnsteuer anfallen, wenn die Banken die Zinsen auch ausgabeseitig anheben würden.

Finanzmarktstabilität – Quo vadis?

Außerdem kommt es trotz der Versprechungen nach der globa-

BSA Finanzmarktgruppe

len Finanzkrise wieder zu Bankenrettungen in Europa. So vergab der Schweizer Bund der UBS eine staatliche Verlustgarantie von 9 Milliarden Franken, um allfällige Risiken aus der Übernahme der Credit Suisse zu reduzieren. Dass diese Verlustgarantie sogar ohne schriftlichen Vertrag, sondern nur als mündliche Vereinbarung abgeschlossen wurde, mündet noch in zusätzliche Rechtsunsicherheit. Im August kündigte die UBS die Verlustgarantie nun, da sie nicht mehr von Nöten sei. Gleichzeitig versucht das FDP-geführte Finanzministerium in Deutschland den Banken ein Geschenk in Höhe von EUR 2,2 Mrd. zu machen, indem die Beiträge aus dem Bankenrettungsfonds zurückerstattet werden sollen. Dies ist insbesondere bemerkenswert, da es weder einen Rechtsanspruch auf Erstattung gibt noch die Kosten für die Bankenrettungen aus der Finanzkrise gedeckt sind.

Es ist notwendig, dass man sich diesen europäischen Tendenzen der staatlichen Bankensubventionen strikt entgegengesetzt und sich für potenzielle Schwierigkeiten österreichischer Finanzinstitute wappnet. Hierfür liegt das Instrument bereits am Tisch: Die Stabilitätsabgabe für Banken, die 2011 nach der Finanzkrise eingeführt aber im Laufe der Jahre zugunsten der Bankenindustrie verwässert wurde. So beträgt das aktuelle jährliche Aufkommen aus der Stabilitätsabgabe nur noch rund 15% des ursprünglichen Abgabenaufkommens. Hier ist es aufgrund der immanenten Finanzmarktstabilitätsrisiken unerlässlich, sowohl die Steuersätze auf ihr ursprüngliches Niveau anzuheben als auch die Abgabe auch auf andere Finanzunternehmen auszuweiten. Denn aufgrund des langanhaltenden Niedrigzinsumfelds in der Vergangenheit haben sich insbesondere im Schattenbanken-

system signifikante Risiken aufgebaut, die sich in der aktuellen Phase der Zinsanhebungen materialisieren können.

Somit geht es einerseits um die Abschöpfung der Übergewinne der Banken. Diese sollen die Zinsen an die Sparer:innen weitergeben und nicht aufgrund der Ausnahmesituation rekordhohe Zufallsgewinne einfahren. Andererseits soll der Finanzsektor aufgrund der Krisenanfälligkeit mittels der Erhöhung und Ausweitung der Stabilitätsabgabe einen dauerhaften und angemessenen Beitrag zum Staatshaushalt leisten. Das ist auch deshalb absolut gerechtfertigt, da die Banken von den Milliarden an staatlichen Geldern zur Unterstützung der Unternehmen und Haushalte während der Pandemie und derzeitigen Inflationsphase profitiert haben, da ohne diese ihre Kreditausfallsrisiken wohl deutlich angestiegen wären.

Rückblick:

Die Neuordnung der Welt in Bewegung: Wie sieht die Zukunft Europas im Spannungsfeld zwischen China, Russland u. den USA aus?

05.12.2023

Dr. Raimund Löw Journalist und Historiker, unabhängiger Publizist zu internationalen Themen, Kolumnist der Wiener Stadtzeitung „Falter“, früherer Korrespondent des ORF in Moskau, Peking und Washington D.C. und Buchautor „Welt in Bewegung“

Univ.-Prof. Dr. Gerhard Mangott Politikologe, Professor für Politikwissenschaften an der Universität Innsbruck mit den Schwerpunkten Internationale Beziehungen und Sicherheit im postsowjetischen Raum und Buchautor „Russland, Ukraine und die Zukunft“

Univ.-Prof.in Mag.a Dr.in Susanne Weigelin-Schwiedrzik Sinologin, emeritierte Professorin für Sinologie an der Universität Wien, Programmdirektorin China beim Austrian Center for Strategic Analysis und Buchautorin „China und die Neuordnung der Welt“).

Die Veranstaltung kann auf unserer Website nachgesehen werden.

Mobile Arbeit: Wie sich Arbeit verändert und welche Chancen und Risiken damit verbunden sind

Sonne, Strand, Meer und... der Laptop? Was nach Fiktion klingt, ist nicht weit weg von der aktuellen Arbeitsrealität einiger Beschäftigter. Mobile Arbeit oder sogar Remote Work ist in einigen Branchen und für viele Arbeitnehmer:innen mittlerweile der ganz normale Alltag. Diese „neuen“ Arbeitsformen bringen so manchen Vorteil mit sich, bergen jedoch auch gewisse Risiken. Daher sind konkrete Vereinbarungen notwendig, um die Arbeitsbedingungen gesund zu gestalten.

Die voranschreitende Digitalisierung der Arbeitswelt, welche insbesondere durch die Covid-19 Pandemie eine Beschleunigung erfahren hat, ermöglicht unter anderem durch fortgeschrittene Informations- und Kommunikationstechnologien ortsunabhängig zu arbeiten. Homeoffice, Remote Work, Mobile Arbeit und viele andere Formen gehören seit der dem ersten Lockdown im März 2020 zum Arbeitsalltag vieler Beschäftigter (Mittermann, 2022: 8).

Neue Formen der Arbeit

Unter mobiler Arbeit werden eine Reihe an unterschiedlichen Formen der Arbeit außerhalb des betrieblichen Arbeitsplatzes verstanden. Der Arbeitsplatz ist dabei weder an das Büro im Betrieb noch an das eigene Zuhause gebunden und kann ortsunabhängig durchgeführt werden. Eine Form mobiler Arbeit ist die Arbeit im Homeoffice, bei welcher die Arbeit teilweise im Privatbereich der Arbeitnehmer:innen stattfindet und an den jeweiligen Wohnort gebunden ist. Telenarbeit beschreibt die regelmäßige oder dauerhafte Arbeit von zu Hause aus, dabei wird jedoch im Gegensatz zum Homeoffice vom Arbeitgeber ein Arbeitsplatz eingerichtet (Schröder, 2018: 6-8). Unter Remote Work versteht man die ausschließlich virtuelle Arbeit, bei welcher die Arbeit von überall aus möglich ist und es keine Bindung an das Büro oder das eigene Zuhause gibt (Hasselmann, 2021: 3).

Wie viele andere Dinge bringen auch die unterschiedlichen Formen von mobiler Arbeit sowohl Chancen als auch Risiken mit sich (Traut-Mattausch, 2020: 43). Einerseits erleben Beschäftigte einen höheren zeitlichen Handlungsspielraum und eine höhere Autonomie, den Wegfall von Pendelzeiten und damit eine höhere Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben sowie eine geringere Zahl an Unterbrechungen. Diese

Aspekte bedeuten eine höhere Arbeitszufriedenheit und ein teils reduziertes Stressempfinden (Traut-Mattausch, 2020: 41).

Allerdings stehen den genannten positiven Aspekten auch einige Risiken gegenüber. So sind Arbeitnehmer:innen im Homeoffice und bei Remotearbeit selbst für die Gestaltung ihres Arbeitsplatzes verantwortlich. Dabei kann es aufgrund der Wohnverhältnisse (z.B. Platzmangel) oder anderen Umgebungsbedingungen (z.B. Lichtverhältnisse, Lärm, Ausstattung) zu Einschränkungen bei der Ergonomie und somit zu körperlichen Beanspruchungen wie Muskel-Skelett-Erkrankungen kommen. Diese werden durch langes und ununterbrochenes Sitzen bei der Tätigkeit am Bildschirm verstärkt (Backhaus et al., 2021: 6).

Beschäftigte, die hauptsächlich remote arbeiten, ausschließlich Telenarbeit leisten oder ihre Arbeitszeit zu einem hohen Teil im Homeoffice verbringen, nehmen teils ein Gefühl von sozialer Isolation wahr und empfinden die Kommunikationsmöglichkeiten als eingeschränkt. Dies kann wiederum zu Missverständnissen führen, die Beziehung zu Kolleg:innen verschlechtern oder das Gefühl der sozialen Unterstützung mindern (Traut-Mattausch, 2020: 41). Ebenfalls damit einhergehen kann das Gefühl bei Beförderungen „übersehen“

BSA XX

zu werden oder wichtige Informationen vorenthalten zu bekommen.

Eine weitere Herausforderung für die Arbeitnehmer:innen kann eine zunehmende Entgrenzung sein. Die Trennung von Arbeit und Privat fällt manchen Beschäftigten schwerer, wenn die Arbeit in den eigenen vier Wänden verrichtet wird und das Gefühl besteht, ständig für die Arbeit erreichbar sein zu müssen (Mittermann, 2022: 10). Ausgedehnte Arbeitszeiten und Überstunden, eine verkürzte Ruhezeit und das Auslassen von Erholungspausen sowie das Gefühl immer „on-demand“ zu sein und nie richtig abzuschalten, können in Verbindung mit einer zunehmenden Arbeitsintensivierung und anderen selbstgefährdenden Tendenzen (z.B. krank zu arbeiten) zu einer fehlenden Erholung, Problemen beim Ein- und Durchschlafen, einem zunehmenden Gefühl von Erschöpfung sowie Burnout führen und die Lebens- und Arbeitszufriedenheit deutlich verringern (Traut-Mattausch, 2020: 43; Mittermann, 2022: 10).

Daher braucht es für die jeweilige Arbeitsform konkrete Vereinba-

rungen und Regelungen, sodass Arbeitnehmer:innen nicht am Wochenende oder spät abends arbeiten oder ihre tägliche Arbeitszeit ausdehnen und somit auf Erholungszeiten verzichten. Auch die klare Kommunikation über die erwartete Erreichbarkeit bzw. auch Nicht-Erreichbarkeit vonseiten der Führungskräfte spielt dabei eine wichtige Rolle. Denn oftmals entsteht bei den Beschäftigten ein subjektiver Erwartungsdruck an sich selbst, ständig erreichbar sein zu müssen oder innerhalb kürzester Zeit zu antworten und damit Erwartungen zu erfüllen, die so gar nicht an sie gestellt werden (Traut-Mattausch, 2020: 42-43; Müller-Wipperfurth, 2022: 7).

Fazit

Mit der voranschreitenden Digitalisierung verändert sich unsere Arbeitswelt. Es werden neue Formen der Arbeitsorganisation möglich, Arbeit kann teilweise auch ortsunabhängig erledigt werden. Wichtig ist dabei, dass Arbeitsplätze menschengerecht gestaltet sind und so Arbeitsbedingungen geschaffen werden, die die Gesundheit und Zufriedenheit der Arbeitnehmer:innen erhalten oder sogar fördern. Wirt-

schaftliche Kriterien zur Kosteneinsparung und Platzoptimierung dürfen nicht dazu führen, dass von Beschäftigten hohe Leistungen erwartet werden, die physische und psychische Gesundheit jedoch darunter leidet. Daher müssen jegliche Risiken im Rahmen der Arbeitsplatzevaluierung gemäß § 4 ASchG evaluiert und ggf. entsprechende Maßnahmen festgelegt und durchgeführt werden. Zudem braucht es konkrete Vereinbarungen und Regelungen der Arbeitsorganisation. Der Schutz der Gesundheit oder die Gestaltung menschengerechter Arbeitsplätze kann mittels einer freiwilligen Betriebsvereinbarung gemäß § 97 Abs 1 Z 8 und 9 ArbVG erreicht werden.

Auch, wenn noch nicht klar ist, wie die Arbeit der Zukunft aussehen wird und welche neuen, noch unbekannten Formen der Arbeitsorganisation vorherrschend sein werden, so kann bereits jetzt mit Gewissheit festgehalten werden, dass die psychische und physische Gesundheit von Arbeitnehmer:innen immer oberste Priorität haben und demnach geschützt und gefördert werden muss.

Quellen:

Bundesgesetz über Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit (ArbeitnehmerInnenschutzgesetz – ASchG), BGBl. Nr. 450/1994 idgF, online unter: RIS - ArbeitnehmerInnenschutzgesetz - Bundesrecht konsolidiert, Fassung vom 09.08.2023 (bka.gv.at)

Bundesgesetz vom 14. Dezember 1973 betreffend die Arbeitsverfassung (Arbeitsverfassungsgesetz – ArbVG), BGBl. Nr. 22/1974 idgF, online unter: RIS - Arbeitsverfassungsgesetz - Bundesrecht konsolidiert, Fassung vom 09.08.2023 (bka.gv.at)

Backhaus, N. / Tisch, A. / Beermann, B. (2021): Telearbeit, Homeoffice und Mobiles Arbeiten. Chancen, Herausforderungen und Gestaltungsaspekte aus Sicht des Arbeitsschutzes. baa:Fokus, online unter: BAuA - baa: Fokus - Telearbeit, Homeoffice und Mobiles Arbeiten: Chancen, Herausforderungen und Gestaltung—aspekte aus Sicht des Arbeits—schutzes - Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Hasselmann, O. (2021): iga Kurzbericht Sonderauswertung 2021. New Work & Führung. Mobile Arbeit und Homeoffice, online unter: Kurzbericht New Work & Führung: Mobile Arbeit und Homeoffice (iga-info.de)

Mittermann, B. (2022): Herausforderung Homeoffice und mobile Arbeit. In: Gesunde Arbeit 2/2022, S.8-11, online unter: Satellite (gesundearbeit.at)

Müller-Wipperfurth, S. (2022): Was wir nach mehr als zwei Jahren Homeoffice gelernt haben. In: Gesunde Arbeit 2/2022, S.8-11, online unter: Satellite (gesundearbeit.at)

Schröder, T. (2018): Telearbeit und mobiles Arbeiten. Chancen und Risiken. Präsentation auf der Herbstveranstaltung des LAK Bremen „Arbeit in Bewegung – Homeoffice und mobiles Arbeiten“ am 29.11.2018, online unter: https://www.lak.bremen.de/sixcms/media.php/13/Praesentation%20BAuA_Telearbeit%20u%20mobile%20Arbeit.pdf

Traut-Mattausch, E. (2020): Chancen und Risiken mobiler Arbeit aus psychologischer Sicht. In: Reichel, A. / Pfeil, W.J. / Urnik, S. (2020): Die Arbeit ist immer und überall. Folgen mobilen Arbeitens – nicht nur, aber gerade auch in Zeiten von Corona. Wien: MANz'sche Verlags- und Universitätsbuchhandlung GmbH, S.35-46

Armin Puller | Vorsitzender BSA-GGS

Ist die Sozialdemokratie mit Babler zu links?

Die Sozialdemokratie unterzieht sich derzeit einem beachtlichen Kurswechsel. Nicht nur tritt sie mit ungewohnt schlagkräftiger Oppositionspolitik und neuartiger Ambition auf, die sich in einem erfreulichen Mitgliederaufschwung niederschlägt, sondern auch mit deutlichen politischen Ansagen, die ihr Themenführerschaft verschafft und eine Verschiebung des politischen Diskurses eingeleitet hat. Die Kampagne von Andreas Babler dreht sich um einen deutlichen Kurswechsel sowie eine Öffnung und Demokratisierung der Partei, die sich nicht davor scheut, sich links zu positionieren und sich auch selbst als links bezeichnet.

Solche Selbstbezeichnungen sind in Österreich durchaus neu, gelten wir doch als Land mit stabilen rechten Mehrheiten. Nur rechts der Mitte könne es erfolgreiche Politik geben, tönt es vor allem in der Medienlandschaft, insbesondere in Zeitungen, die sich selbst gerne als Qualitätsmedien sehen. Dort wird der Sozialdemokratie empfohlen, sich zu mäßigen, es mit sozialdemokratischer Politik nicht zu übertreiben, die rechten Mehrheiten nicht herauszufordern, sondern stets durch Annäherung und Anpassung an rechte Politik koalitionsfähig zu bleiben, nicht aufzufallen durch Positionen, die auf Veränderung abzielen. Babler scheint ein irritierender und unberechenbarer Faktor in der österreichischen Politik geworden zu sein, mit dem schwer umgegangen werden kann. Dies zeigt sich auch an den vielen, diametral entgegengesetzten Einschätzungen zu seiner Person

und Performance: So wird ihm zugleich beschieden, ein Volkstribun, ein mitreißender Redner sowie auch ein schlechter Rhetoriker zu sein, sein Programm wird als zu komplex, aber auch als zu unausgegoren bewertet, seine Herangehensweise als zu populistisch und bodenständig, zugleich aber auch als zu sehr auf bereits Überzeugte ausgerichtet gesehen. Jedem Neubeginn wohnt stets eine Irritation inne, die damit zusammenhängt, dass dieser die Dinge und die alten Gewissheiten verschiebt. Dieses Zeitfenster ist produktiv, eröffnet viele Potenziale und sollte genutzt werden, ungeachtet der verstörten Zurufe.

Was links ist

Was man unter links verstehen soll und was heute links ist, wird in der medialen Debatte interessanterweise kaum verhandelt. Stattdessen wurde die Keule des Kommunismus ausgegraben, wurden positive Bezugnahmen auf theoretische und politische Wurzeln der Sozialdemokratie im Marxismus als Gefahr konstruiert und sogar eine Leninbüste in Bablers Büro erfunden. Was links ist, muss dennoch definiert werden und das ist gar nicht leicht. Sozialdemokratie und Gewerkschaften fällt es bereits seit dem Ende des fordistischen, demokratischen und sozialintegrativen Kapitalismus schwer, sich politisch selbst zu verorten. Entsprechend definierte man sich nicht mehr über ein politisches Projekt der Veränderung, sondern in erster Linie über die Abgrenzung von den anderen Parteien. Die Bedeutung des Wortes links

verändert sich in Zeit und Raum. Als der italienische Philosoph Norberto Bobbio vor dem Hintergrund des implodierten italienischen Parteiensystems 1994 den Bedeutungskern der Linken zu bestimmen versuchte, fand er ein letztes Fundament: die Vision einer egalitären Gesellschaft. Dreißig Jahre später muss man feststellen, dass die real-existierende Linke an diesem Bedeutungskern kaum festhalten konnte. Heute wird die Linke dagegen von hochgradig unproduktiven Debatten über das Verhältnis von Identitätspolitik und Klassenpolitik oder die Ausrichtung auf Kosmopolitismus oder auf Kommunitarismus heimgesucht. Statt politische Klarheit zu erzeugen und politische Projekte zu entwickeln, haben diese Debatten die Linke geschwächt und in innere Grabenkämpfe verwickelt. Polemiken darüber, dass links nicht woke ist, wie sie aktuell etwa von der Philosophin Susan Neiman vorgebracht werden, sind durchaus diskussionswürdig, leben jedoch von übertriebenen und idealisierten Gegensätzen. Eine andere Standortbestimmung versuchten zuletzt Andreas Fissahn, Alois Stiegeler und Manfred Braatz, die in anregender Dialogform gegenwärtige Debatten in der Linken darstellen. Eine wegweisende Bestimmung der Linken scheitert jedoch in beiden Erörterungen.

Besser doch rechts?

Im Unterschied zur Bestimmung von links, scheint rechts eindeutig definiert zu sein, nicht zuletzt durch die erfolgreichen Bezugspunkte des Neoliberalismus,

Armin Puller | Vorsitzender BSA-GGS

Neokonservatismus und Neonationalismus. Zur Eindämmung des Erfolgs rechtspopulistischer Parteien, so wird vielfach behauptet, müsse die Sozialdemokratie selbst nach rechts rücken und vor allem migrationskritischer werden. Diese Strategie ist in der SPÖ vielfach versucht worden, schon in den 1990er-Jahren („Gesetze statt Hetze“) und auch in einigen der letzten Wahlkämpfe. Geholfen hat dies nichts.

Die Politikwissenschaft hat in zahlreichen Studien über viele Jahre immer wieder aufgezeigt, dass es international keine Anzeichen dafür gibt, dass die Sozialdemokratie mit rechter Politik besser aufgestellt wäre. Ganz im Gegenteil weißt sie aus, dass solche Strategien bestehende Wählende vertreiben, die eigene soziale Basis demoralisieren und Rechtswählende kaum überzeugen. (Dieser Zusammenhang wurde auch in einer Studie von Tarik Abou-Chadi u.a. für Österreich gezeigt.) Ein Grund dafür ist auch, dass der beliebte Mythos von den mehrheitlich migrationskritisch und rassistisch eingestellten Arbeiter:innen nicht stimmt. Selbst bei der üblicherweise eng gefassten Definition und Eingrenzung auf einheimische Industriearbeitende, d.h. unter Ausklammerung der Dienstleistungsbeschäftigten und des Prekariats, gibt es keine Anzeichen für überdurchschnittlich vorhandene rechte Einstellungen.

Stattdessen zeigen Befragungen seit vielen Jahren einen völlig anderen Zusammenhang: Viele sozialdemokratische Politiken finden großen Anklang bei überwiegenden Mehrheiten. Dies trifft etwa zu auf die Besteuerung von Erbschaften und Vermögen, die Bekämpfung der wachsenden sozialen Ungleichheit oder den

Ausbau und die Vertiefung einer öffentlichen solidarischen Infrastruktur, insbesondere in den Bereichen Gesundheit, Pflege, Bildung, Wohnbau und Mobilität. Angesichts der Popularität dieser Politiken wäre es an der Zeit, dass sie in den Parteiensystemen Europas auch repräsentiert werden.

Neubeginnen

Die langjährige Schwäche der Sozialdemokratie beruht auf einer Defensive, die erst die Grundlage für den Erfolg den Rechten bietet. Insofern hat die Kampagne von Andreas Babler mit der Feststellung, dass die Sozialdemokratie aufhören müsse, sich zu fürchten, den zentralen Kern ihrer Krise erkannt. Statt sich in der bestehenden Politik zu verorten, diese als Gegebenheit zu akzeptieren und aus der Distanz den kleinsten gemeinsamen Nenner einer verbleibenden Wählendschaft zu ermitteln, muss die Sozialdemokratie dazu übergehen, den Diskurs zu bestimmen, das Bestehende zu verschieben, in die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse einzugreifen und ihre soziale Basis zu mobilisieren.

Die Sozialdemokratie war immer dann stark, wenn sie sich nicht schlicht über andere im Parteienwettbewerb definiert hat, sondern über soziale Alternativen und politische Projekte zur Bearbeitung der sozialen Frage. In den meisten europäischen Ländern hat sich der Parteienwettbewerb von der sozialen Realität entkoppelt, wie die Phänomene der Wahlenthaltung, der Volatilität des Wahlverhaltens, der Instabilität der Parteiensysteme und der politischen Krisen verdeutlichen. Gerade etablierte Parteien stecken in Krisen der Repräsentation ihrer sozialen Basis fest. Dass auch Österreich davon nicht verschont ist, zeigt

sich daran, dass ein Grüner Bundespräsident ist, zahlreiche neue Parteien entstanden (und viele wieder verschwunden) sind, die KPÖ in Graz Bürgermeisterpartei ist und neuerdings Chancen hat, wieder in den Nationalrat einzuziehen, und sogar der Bierpartei, sollte sie antreten, ein solcher Erfolg zugetraut wird.

Die vergangenen Jahre der österreichischen Politik haben gezeigt, dass denjenigen Erfolg beschieden ist, die neue hegemoniale politische Visionen ausarbeiten und mutig die bestehenden politischen Konfliktfelder verschieben. Wenn die Sozialdemokratie erfolgreich sein will, wird sie eine solche Richtung einschlagen müssen, die von der Kampagne Bablers eingeleitet wurde. Die letzten Monate haben in und um die Sozialdemokratie eine neue Aufbruchsstimmung, Begeisterung und Debattenkultur erzeugt. Was links ist, wird darin noch genau zu definieren sein. Mit Bezug auf Marx kann man sagen, dass sich eine neue durchsetzungsfähige linke Sozialdemokratie nicht als „Ideal, wonach die Wirklichkeit sich zu richten haben“ bestimmt, sondern als „wirkliche Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt“. Lassen wir uns also nicht davon beirren, von anderen als linkes Gespenst gefürchtet zu werden, sondern richten wir unseren Fokus darauf, die Bewegung der notwendigen Veränderung zu bilden.

Was ist heute links?

Bundesgesetz über Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit (ArbeitnehmerInnenschutzgesetz – ASchG), BGBl. Nr. 450/1994 idgF, online

Abou-Chadi, Tarik /Mitteregger, Reto /Mudde, Cas (2021): Verlassen von der Arbeiterklasse? Die elektorale Krise der Sozialdemokratie und der Aufstieg der radikalen Rechten. Berlin: FES.

Bobbio, Norberto (1994): Rechts und Links. Berlin: Wagenbach.

Fisahn, Andreas / Stiegeler, Alois / Braatz, Manfred (2023): Oben, Unten, rechts und links. Hamburg: VSA.

Neiman, Susan (2023): Links ≠ woke. München: Hanser.

Rückblick:

Die Erschütterung von Israels Selbstbild der Wehrhaftigkeit und Souveränität: Wie könnte der Angriff den Nahen Osten verändern?

22.11.2023

Mareike Enghusen Journalistin, Politologin, Islamwissenschaftlerin und Korrespondentin für Israel und die Palästinensergebiete der Tageszeitung „Die Presse“

Mag.a Stephanie Fenkart, MA Direktorin des Internationalen Instituts für den Frieden und Mitglied des Strategie und Sicherheitspolitischen Beirates der Wissenschaftskommission des Bundesheers

Dr. Cengiz Günay Politologe, Historiker, Direktor des Österreichischen Instituts für Internationale Politik oip und Lektor am Institut für Politikwissenschaft, dem Institut für internationale Entwicklung und dem Institut für Orientalistik an der Universität Wien

Dr. Ralf Melzer Historiker, Publizist und Leiter des Büros der Friedrich Ebert Stiftung in Israel

Die Veranstaltung kann auf unserer Website nachgesehen werden.

Die GesprächspartnerInnen analysieren, ob die Lage im Nahen Osten mit dem sprachlos machenden Massaker in Israel einen neuen gefährlichen Tiefpunkt erreicht hat, warum die massiven und grausamen Attacken aus dem Gazastreifen auf Israel unerwartet erfolgten, wie Israel wegen innenpolitischer Turbulenzen geschwächt ist, wieso eine baldige Waffenruhe mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht in Sicht ist, wie das Leid der ZivilistInnen in Israel und im Gazastreifen beenden kann, ob man zur Einsicht gelangen kann, dass es ohne Lösung des Palästinenserkonflikts in den besetzten Gebieten keinen Frieden geben kann, welche außenpolitischen Gefahren durch diesen Konflikt im Gazastreifen bestehen, worin das Potenzial für Frieden und Sicherheit im Nahen Osten besteht, wie Verhandlungen über eine Normalisierung der Beziehungen zwischen Israel und arabischen Staaten erschwert werden, wie eine Ausweitung des Konflikts und eine weitere Eskalation abseits des Gazastreifens in der Region durch internationale Diplomatie verhindert werden kann, welche Phänomene auch eine Bedrohung für die Demokratie, Werte und Vielfalt in Europa bedeuten und wie eine neue Initiative für eine Zweistaatenlösung forciert werden kann?

Rückblick:

53. BSA-Bundestag 2023

14.10.2023

Am Samstag, 14. Oktober 2023, fand der 53. Ordentliche Bundestag des Bundes sozialdemokratischer AkademikerInnen, Intellektueller und KünstlerInnen (BSA) statt. Auf der Tagesordnung steht neben der Wahl des Präsidenten und des Vorstands auch ein politisches Referat des Bundesparteivorsitzenden Andreas Babler, sowie eine Diskussionsrunde zur Außenpolitik mit Bundespräsident a.D. Dr. Heinz Fischer, NRI Petra Bayr, MA, MLS sowie Univ. Prof. Dr. Heinz Gärtner.

Andreas Mailath-Pokorny wurde erneut zum BSA-Präsidenten bestellt. Andreas Mailath-Pokorny kritisierte die Tatenlosigkeit der Bundesregierung: „Diese Regierung ist überfällig, abgewählt zu werden. Wir leben in einer Zeit, in der die Feinde der Demokratie an Platz gewinnen. Es geht ihnen darum, Sozialpartnerschaft und Gerechtigkeit zu zerstören. Wo man hinblickt, geben schwache Bürgerliche die Steigbügelhalter der Rechten. Dagegen müssen wir Stellung beziehen, für den Humanismus eintreten, aber auch für die Gerechtigkeit. Gemeinsam müssen wir uns gegen die Rechten organisieren und deren verbitterten Populis-

mus offenlegen, der keine Lösungen für die Menschen bringt. Es verlangt nach unserem sozialdemokratischen Handeln.“, erklärte Mailath anlässlich seiner Wiederwahl als Präsident der Akademikervereinigung der österreichischen Sozialdemokratie.

Einen akklamierten Abschluss fand der BSA-Bundestag mit dem politischen Referat des SPÖ-Bundesparteivorsitzenden Andi Babler, der betonte: „Seit 77 Jahren ist der BSA tragende Stütze der Sozialdemokratie. Es muss in der Sozialdemokratie eines wieder gelten, nämlich auf die eigenen Expertisen zurückzugreifen, und das ist dediziert ein Hinweis auf die Ressourcen, die in der sozialdemokratischen Akademikervereinigung vorhanden sind, und die in den nächsten Monaten zum Einsatz kommen. So kann der BSA u.a. dabei helfen, einen solidarischen Rechtsanspruch von Kindern auf Bildung und ein Leben ohne Armut zu formulieren. Die Gemeinsamkeit von Kopf- und Handarbeitern macht die Sozialdemokratie stark“, beschloss Babler den Bundestag, an dem Delegierte aus ganz Österreich teilnahmen.

Der neu gewählte Bundesvorstand



Podiumsdiskussion: Wozu Europapolitik, wozu Außenpolitik mit einem Schwerpunkt zum Konflikt im Nahen Osten



**Andi Mailath-Pokorny &
Andi Babler**



Heinz Fischer



Rückblick:

Normalität und Radikalität

09.11.2023

Aus gegebenem Anlass hat der BSA Döbling et. al zu einem Gesprächsabend eingeladen, über das „Normale“ und verschiedene Gegenpole, die Trennung der Bevölkerung in normale und andere Menschen und die „Normalitätsoffensive“ diskutieren Univ.-Prof. Dr. Fritz Hausjell (Medienhistoriker, Professor und stellvertretender Institutsvorstand am Institut für Publizistik und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien), Mag. Dr. Berthold Molden (Historiker, freier Lektor an den Instituten für Geschichte sowie für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Universität Wien und Buchautor „Sehnsucht nach dem starken Mann? Autoritäre Tendenzen in Österreich seit 1945“), Kathrin Röggla (Schriftstellerin, Vizepräsidentin der Akademie der Künste in Berlin, Professorin für Literarisches Schreiben an der Kunsthochschule für Medien in Köln und Buchautorin „Laufendes Verfahren“, angefragt) und Univ.Prof.in Dr.in Ruth Wodak (Sprachsoziologin, Diskursforscherin, emeritierte Professorin für angewandte Sprachwissenschaften der Universität Wien und der Lancaster University und Buchautorin „Politik mit der Angst: Die schamlose Normalisierung rechtsextremer und rechts-

populistischer Diskurse“). Die Gesprächspartner:innen analysieren, warum in Österreich Scheindebatten darüber, was „Normal“ ist und was nicht, geführt werden! Welche fatalen Folgen „Normalität als Kampfbegriff“ der Politik haben könnte! Weshalb gerade Menschen, die Normen hinterfragen & mit Gewohnheiten brechen die Gesellschaft innovativ vorantreiben könnten? Weshalb eine Partei mit christlich-sozialen Wurzeln mit dem Versuch die politische Mitte in Europa zurückzugewinnen nicht alleine ist? Wie man bei der eigenen Klientel punkten möchte, ohne notwendige Reformen voranzutreiben? Wie die propagierte Normalität auf den Erhalt des Status quo in Österreich vom Schnitzeessen auf das Autofahren ausgeweitet wurde? Ob sich „Normale Bürger:innen“ mehr Debatten & Reformen über tatsächlich wichtige weltbewegende Themen, wie z.B. eine „Normale Inflationsrate“ wünschen? Oder wollen „Normale Bürger:innen“ noch mehr Scheindebatten, wie z. b. „Nein zum Gendern“?

Die Veranstaltung kann auf unserer Website nachgesehen werden.

Impressum

Medieninhaber & Herausgeber

BSA - Bund Sozialdemokratischer AkademikerInnen,
Intellektueller und KünstlerInnen,
1010 Wien, Langesgerichtsstraße 16

Redaktion

Hakan Can, Franziska Führer

Layout

Marlene Kohlberger

Geschäftsführung

Franziska Führer

Cover

Redaktionsadresse

1010 Wien, Landgesgerichtsstraße 16

Web

www.bsa.at

Social Media

Facebook: www.facebook.com/bsabund/

Instagram: www.instagram.com/bsa.bund/

Youtube: www.youtube.com/BSABund

Offenlegung gemäß §25 Mediengesetz: „Akzente“ ist die Zeitung des BSA und dient zur Mitgliederinformation über das Vereinsleben. „Akzente“ erscheint zweimal im Jahr.

Erscheinungsdatum Ausgabe 1: Dezember 2023

